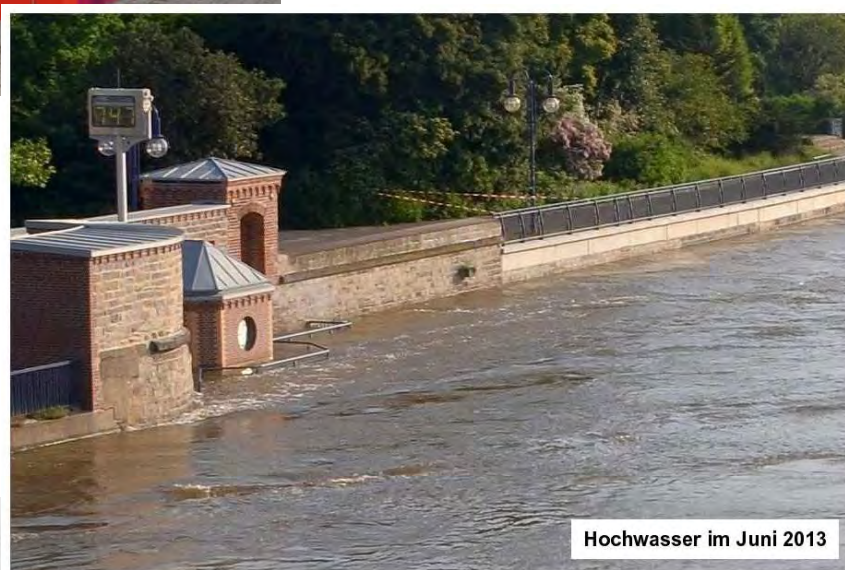


Landeshauptstadt Magdeburg

Dezernat Finanzen und Vermögen



Schuldenbericht 2013



otto informiert otto investiert otto finanziert otto spart

Impressum

Herausgeber:

Landeshauptstadt Magdeburg
- Der Oberbürgermeister -
Dezernat Finanzen und Vermögen
Julius-Bremer-Str. 8-10
39104 Magdeburg

Redaktion und Autoren:

Klaus Zimmermann (Beigeordneter für Finanzen und Vermögen)
Dr. Andreas Hartung (Fachbereichsleiter Finanzservice)
Eva Bromberg (Fachdienstleiterin Forderungsmanagement – Zahlungsverkehr Kasse, Schulden- und Kreditmanagement)
Stefan Siebert (Teamleiter Schulden, Kredite, Finanzvermögen)
Madlen Elbert (Team Schulden, Kredite, Finanzvermögen)

Grafik, Layout und Druckvorbereitung:

Stefan Siebert

Druck und Vervielfältigung:

Landeshauptstadt Magdeburg
Zentrale Vervielfältigung

Auflage / Erscheinungsjahr:

100 / 2014

Bildnachweis Titel:

Bild oben links: Neubau Kita Traumzauberbaum
Bild Mitte rechts: Hochasser im Juni 2013
Bild unten links: Sanierungsmaßnahme Grundschule Nordwest
Rechte Fotos: Landeshauptstadt Magdeburg

Tel.: 0391-540-0

www.ottostadt.de

Urheberrechtliche Hinweise:

Ein Download, Ausdruck oder Wiedergabe auf andere Weise (vollständig oder in Teilen) ist ausschließlich für den eigenen, internen und nicht kommerziellen Gebrauch gestattet. Dabei ist stets ein Quellenverweis deutlich erkennbar anzubringen.

Vorwort

Die weltwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2013 verlief insgesamt verhalten. Strukturelle Anpassungen im Nachgang der Finanzkrise sowie in den Wachstumsmodellen wichtiger Schwellenländer bremsen jede Entspannung.

Bisher hat die EZB nicht direkt antizyklisch, sondern verzögert gehandelt. Sie lockerte ihre Geldpolitik erst deutlich nach den USA. Sobald sie die schleichende Deflation in den Griff bekommt und die Wirtschaft stabil wächst, wird sie den Leitzins, der sich zurzeit auf einem historischen Niedrigwert befindet, wieder erhöhen, der dann seinerseits dafür sorgt, dass auch die anderen Zinsen steigen.



Die meisten Finanzexperten rechnen mit einer beginnenden Seitwärtsbewegung der Zinsen im Sommer 2014. Abgesehen davon sorgen steigende Lebenshaltungskosten dafür, dass unser Alltag immer teurer wird. Dabei ist die Inflationsrate in Deutschland mit 2,00 % im vergangenen Jahr nicht einmal übermäßig hoch gewesen, sie liegt im von der EZB vorgegebenen Rahmen zur Wahrung der Preisstabilität.

Während die Lebenshaltungskosten steigen, werfen traditionelle Spareinlagen kaum Zinsen ab. Momentan liegen diese Zinserträge sogar unterhalb des Inflationsniveaus, wodurch die Anleger Geld verlieren und ihre Kaufkraft sinkt. Die Gründe für diese Situation sind im Umfeld der Finanzkrise zu suchen. Die EZB hat ihre Geldpolitik ausgerichtet, um den verschuldeten Staaten zu helfen und das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Dazu will sie zum einen, zur Not unbegrenzt, Staatsanleihen von kriselnden Eurostaaten kaufen, um deren Zinslasten zu senken, zum anderen sollen über den gesenkten Leitzins Unternehmen für Investitionen und Verbraucher zu Kreditaufnahmen für Konsumtion motiviert werden.

In den von der Finanzkrise stark geprägten vergangenen fünf Jahren gelang es den Kommunen in den neuen Bundesländern im Vergleich zum alten Bundesgebiet besser, Defizite in den Haushalten zu vermeiden. Insbesondere die Kassenkreditverschuldung hat sich in mehreren westdeutschen Kommunen stetig erhöht.

Der Landeshauptstadt Magdeburg ist es dagegen zum dritten Mal in Folge gelungen, für das Jahr 2014 einen in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Auch die mittelfristige Haushaltsplanung ist ausgeglichen. Priorität bei den Ausgaben haben die Beseitigung der Hochwasserschäden, die Förderung der regionalen Wirtschaft durch die Verbesserung der Infrastruktur sowie Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung. Zudem sollen bis zum Jahr 2020 über das Förderprogramm STARK III sieben neue Schulkomplexe saniert werden. – Das alles trotz steigender sozialer Ausgaben, im Jahr 2014 allein um mehr als 22 Mio. Euro auf über 204 Mio. Euro (entspricht 34 % der 584 Mio. Euro Gesamtaufwendungen).

Es ist festzustellen, dass unsere konsequente Haushaltskonsolidierung, einschließlich unser Entschuldungskurs, zu einer Entlastung des Ergebnishaushaltes führte. Unsere Schulden sind seit Jahren konsequent zurückgeführt worden. Schulden führen nicht zwangsläufig zu einer negativen Bewertung der wirtschaftlichen Situation einer Kommune. Durch Kreditaufnahmen darf unsere Bilanz nicht in eine Schieflage geraten. Kreditaufnahmen für nachhaltige Investitionen, wie Kindertagesstätten, Schulen, Infrastrukturmaßnahmen stärken unsere Landeshauptstadt und sind zukunftsgerichtet. Unser Ergebnishaushalt muss den Aufwand langfristig tragen und unser Finanzhaushalt die Ausgaben realisieren können. Diese Entscheidungen für zukünftige Generationen sollten Einzelentscheidungen sein und von einer Mehrheit getragen werden.

Grundsätzliches Ziel, ausgehend von unserer Bilanz, sollte sein, dass wir keine Nettoneuverschuldung, d. h. die Gesamtschulden steigen, zulassen.



Klaus Zimmermann
Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Inhalt

	Seite
1. Grundsätzliches	6
2. Entwicklung der Zinsen 2013	7
3. Prognose Zins- und Marktentwicklung 2014	9
4. Handlungsparameter	10
5. Kreditportfolio 2013 der Landeshauptstadt Magdeburg	10
5.1 Kreditvolumen	11
5.2 Art der Schulden	12
5.3 Tilgungsarten und -struktur	12
5.4 Tilgungsleistung	13
5.5 Zinsarten und -struktur	13
5.6 Zinsausgaben	15
5.7 Durchschnittszins, Kreditportfolio und Pro-Kopf-Verschuldung	15
5.8 Zinssicherungsgeschäfte	15
6. Kreditaufnahmen 2012 und 2013 der Landeshauptstadt Magdeburg	16
6.1 Kreditneuaufnahmen und Umschuldungen/Prolongationen	16
6.2 Kreditgeber	16
6.3 Tilgungsarten	17
6.4 Zinsarten	17
6.5 Zinsbindungsdauer	17
6.6 Zinsentwicklung und Aufnahmezeitpunkt	17
7. Haushalt 2004-2013 und STARK II	18
8. Eigenbetriebe	20
9. Bürgschaften	21
10. Public Private Partnership bei der Schulsanierung	22
11. Schulden der Entwicklungsmaßnahme Rothensee	23
12. Glossar	24

1. Grundsätzliches

Angaben zu den Schulden der Landeshauptstadt Magdeburg finden sich u.a. in der Jahresrechnung, in den Berichten des Statistischen Landesamtes, im Haushaltsplan und in der jährlichen Information an den Finanz- und Grundstücksausschuss über den Stand der Verschuldung der städtischen Gesellschaften und der ihnen gewährten Kommunalbürgschaften einschließlich der Eigenbetriebe und der Entwicklungsmaßnahme Rothensee.

Die Datengrundlagen für die Schuldenübersichten liefert dabei stets der Fachbereich Finanzservice der Landeshauptstadt Magdeburg.

Der vorliegende Schuldenbericht wendet sich mit gerafften statistischen Informationen gezielt an den Stadtrat. Er ist ein Bericht „für die Politik“, aber kein politischer Bericht. Er transportiert Daten, Fakten und Entwicklungen. Rechtfertigungen oder Meinungen, auch fachlicher Art, beabsichtigt er nicht.

Wie sein Name sagt, erfasst der Schuldenbericht Schulden. – Schulden sind Zahlungsverpflichtungen aus Kreditaufnahmen und ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Vorgängen sowie aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite).

Gemäß der vorgenannten Definition hat die Landeshauptstadt Magdeburg Schulden, also Kredite aller Art, welche die Landeshauptstadt Magdeburg von Dritten aufgenommen hat, inkl. der Kassenkredite. Auch Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften (insbesondere Bürgschaften) und die Schulden der Entwicklungsmaßnahme Rothensee sowie die Verbindlichkeiten aus dem Public Private Partnership bei der Schulsanierung zählen dazu.

Der Schuldenbericht informiert dabei über den Stand und über die Entwicklung der Schulden des städtischen Haushaltes und der Eigenbetriebe.

Schwerpunkt des Schuldenberichtes ist das vorangegangene Haushaltsjahr, in diesem Bericht also das Jahr 2013.

Der Schuldenbericht 2013 hat zwei vorrangige Zielrichtungen:

- Information und
- Steuerung (Steuerungsunterstützung)

Als Bericht will er zunächst über die Schulden und die Entwicklung der Schulden der Landeshauptstadt Magdeburg in einem bestimmten Berichtszeitraum bzw. über mehrere Zeiträume hinweg informieren. Dabei ist der Schuldenbericht ein Teil des Finanzberichtswesens des Fachbereiches Finanzservice.

Darüber hinaus ist der Schuldenbericht ein Angebot an den Stadtrat, aus Stand und Entwicklung der Schulden und ihrer Belastungen durch Zinsen und Tilgungen Schlussfolgerungen für künftiges Handeln zu ziehen – mithin zu steuern. Zudem soll er die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit fördern.

Der Schuldenbericht wird alle 2 Jahre erarbeitet und dem Stadtrat vorgelegt.

2. Entwicklung der Zinsen 2013

Die Anspannungen an den internationalen Finanzmärkten haben im Jahr 2013 aufgrund niedriger Zinsen und einer reichlichen Liquiditätsversorgung durch die Zentralbanken nachgelassen. Davon profitierte im vergangenen Jahr auch das deutsche Finanzsystem.

Die niedrigen Zinsen wirkten beruhigend auf die Finanzstabilität. Trotzdem war auf Grund der Regelungen zur Hinterlegung von Eigenkapital (Basel III) ein spürbarer Rückgang bei den Finanzierungsangeboten der Banken zu verzeichnen.

Für das deutsche Bankensystem gab es harte Einbußen bei den Zinseinkommen als der traditionell wichtigsten Einnahmequelle. Die Geschäftsmodelle etlicher Banken gerieten auf mittlere Sicht dadurch erheblich unter Druck.

Das Niedrigzinsumfeld beeinflusst ebenfalls die Entwicklung am Immobilienmarkt. Vor allem in Großstädten haben sich die Preise für Wohnimmobilien verteuert.

Davon abgesehen richteten sich die immer noch labilen Nachfragebedingungen gegen allgemein höhere Teuerungsraten. Übereinstimmend waren und sind die Hersteller in Bezug auf ihre erzielbaren Verkaufspreise trotzdem weniger pessimistisch gestimmt.

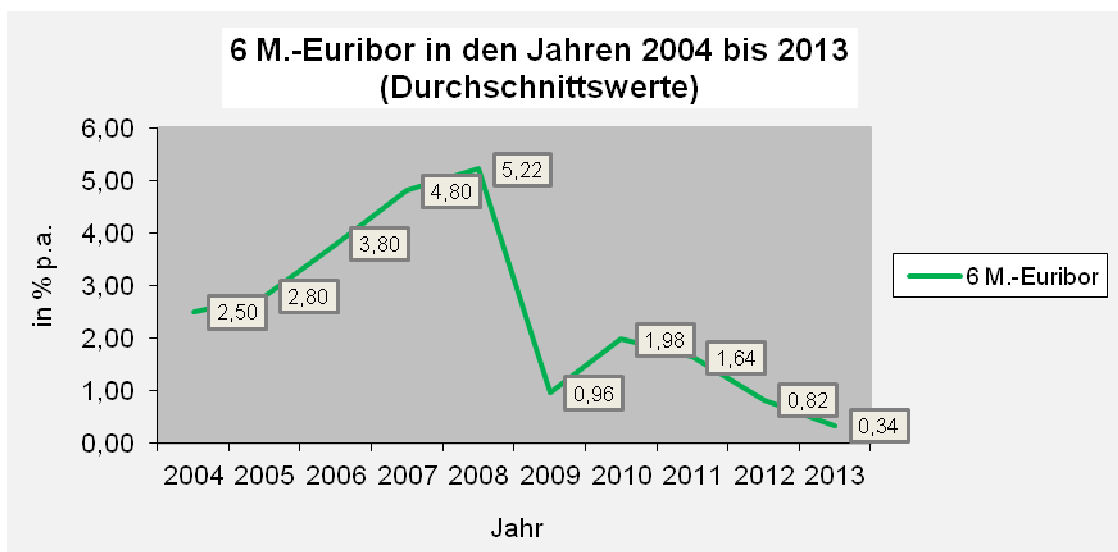
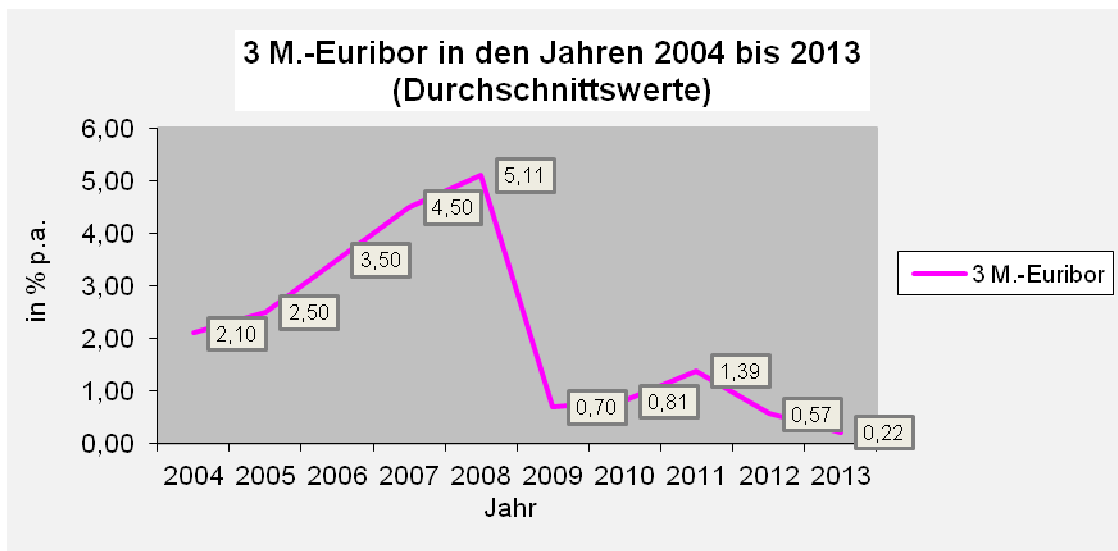
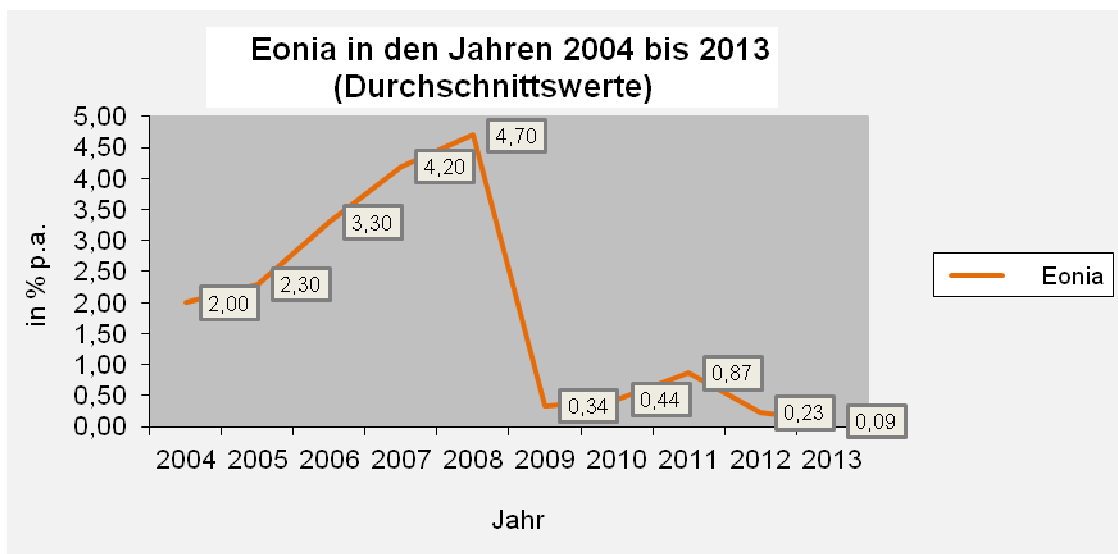
Die Bilanz für die Weltwirtschaft des Jahres 2013 fällt insgesamt betrachtet befriedigend aus. Für den Euroraum wurde erneut ein – wenn auch nur kleiner – Wertschöpfungszuwachs erreicht.

Der EZB-Rat reagierte auf die markanten Entwicklungen des Jahres 2013 an den internationalen Finanzmärkten und senkte den Refinanzierungssatz im Mai auf 0,50 % und im November auf 0,25 %.

Die im November 2013 getroffene Leitzinssenkung und der Inflationsausblick der EZB unterstrichen bereits zum damaligen Zeitpunkt, dass an der Niedrigzinspolitik für längere Zeit – mindestens bis III./IV. Quartal 2014 – festgehalten werden soll.

Es lässt sich nicht absehen, wann die EZB ihrer Rolle als Garant für den Zusammenhalt der Währungsunion wieder entwachsen könnte. Ein Rückzug aus den Stimulierungsmaßnahmen der zurückliegenden Jahre dürfte generell zu unruhigeren Marktphasen führen. Kapitalabflüsse aus wichtigen Schwellenländern mit Rückwirkungen auf die wirtschaftlichen Perspektiven Europas könnte eine Folge sein.

Zusammenfassend für das Jahr 2013 lässt sich trotz alledem einschätzen, dass sich die Ökonomie bereits in einem Aufschwung befindet. Die Erholung der Wirtschaft wird sich voraussichtlich im Jahr 2014 verstärken. Aber auch die Banken müssen reagieren: Sie müssen im Interesse der Wirtschaft ihr Kreditvolumen erhöhen. Die bisher praktizierte Zurückhaltung bei den Kreditvergaben muss aufgegeben werden.



3. Prognose Zins- und Marktentwicklung 2014

Im Euroraum nehmen die konjunkturellen, finanziellen und politischen Risiken tendenziell ab, was sich in höheren Renditen vor allem langlaufender Bundesanleihen niederschlagen sollte.

Die Finanzmärkte und die Weltwirtschaft haben sich der „Finanz-Nach-Krisen-Welt“ angepasst. Erstmals seit 2008 blieb das Umfeld im vergangenen Jahr weitgehend spannungsfrei.

Allerdings sind die Krisen nicht überwunden. Hohe Schuldenüberhänge lasten immer noch auf den europäischen, wie auch den anderen westlichen, Volkswirtschaften.

Die Weltwirtschaft hat in der ersten Jahreshälfte 2013 ihre Schwächeperiode überwunden. Sie ist mit Zuwachsraten von gut 3 % auf eine flache Steigerung zurückgekehrt.

Eine Grundvoraussetzung dafür, dass im Euroraum und in den Peripherieländern die Konsolidierung der Staatsfinanzen gestreckt werden konnte, war die Entspannung der Finanzmärkte. Im Unterschied zur großen Kreditkrise der 1930er Jahre brach die Wirtschaftsaktivität nicht so tief ein und hat sich bedeutend schneller erholt. Für 2014 und für 2015 werden Wachstumsraten von bis zu 3,6 % eingeschätzt.

Im Euroraum fasst die Konjunktur wieder Tritt, jedoch in kleinen Schritten. Es fehlt eine zentralstaatliche Finanzebene, die regionale Schwierigkeiten besser ausgleichen kann. Vor allem die hohe Arbeitslosigkeit wird zum realwirtschaftlichen Problem.

Die Schuldenkrise ist nur unterdrückt, nicht gelöst. Damit sind auch die Spar- und Reformanstrengungen der europäischen Staaten nicht abgeschlossen.

Inzwischen wächst die Planungssicherheit aber wieder und die Investitionen steigen an. Gleiches gilt für die Exporte.

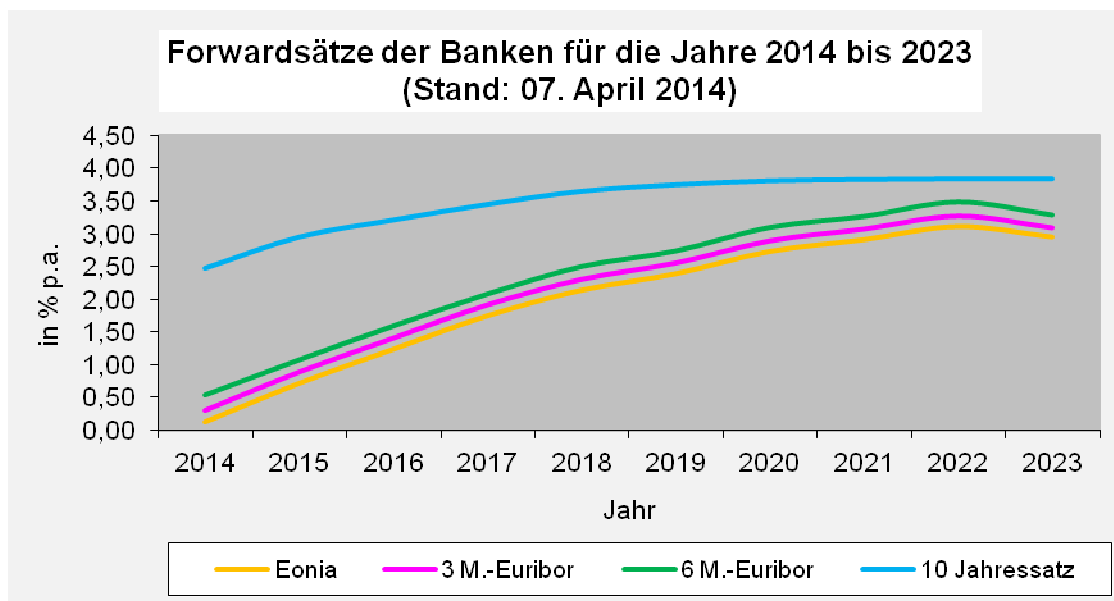
Es kommt nun verstärkt darauf an, die strukturellen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone zu reduzieren. Dabei fällt Deutschland aufgrund seiner robusten Wirtschaft eine wichtige Rolle zu.

Die EZB sorgt mit ihrer expansiven Politik der Niedrig-Zinsen dafür, dass es keine Liquiditäts- und Refinanzierungsprobleme bei den Banken mehr gibt.

Eine große Aufgabe steht noch bevor: Die Bankenrekapitalisierung. In der Phase der Bilanzgesundungen werden Kreditvergaben zunächst gedrosselt. Das kann die Erholung aber maximal bremsen, nicht aufhalten.

Bei den Kommunen scheinen in Anbetracht der wachsenden Ausgaben (z.B. Soziales, Kita) weitere Konsolidierungsmaßnahmen langfristig unvermeidlich.

Den Bürgern ist zu vermitteln, dass Haushaltskonsolidierung kein Selbstzweck ist. Deren Erfordernis ergibt sich vielmehr aus dem Grundsatz wirtschaftlicher Verwaltung und des Haushaltsausgleiches.



Obwohl die Forwardsätze der Banken nach einheitlichen Berechnungsvorschriften ermittelt werden (in der Gegenwart für einen Betrachtungsraum in der Zukunft), ist ihr tatsächliches Eintreffen ungewiss.

4. Handlungsparmeter

Die Investitionskredite stellen in den Verbindlichkeiten der Kommunen die umfangreichste Kategorie dar. Im Gegensatz zu den Kassenkrediten sind Investitionskredite durch materiell geschaffene Werte gedeckt.

Im Hinblick auf eine wahrscheinliche Zinswende Ende 2014/Anfang 2015 werden zurzeit Maßnahmen der Absicherung gegen steigende Zinsen für Umschuldungen der Entwicklungsmaßnahme Rothensee und für einen Teil der Kassenkredite geprüft. Denkbar wäre eine Absicherung des Kassenkreditbestandes bis zu einer Höhe von 50 Mio. EUR gegen steigende Zinsen mittels Festzinsabschlüssen bis zu 3 Jahren und/oder EONIA-Zahlerswaps. Für einen wesentlichen Teil der variablen Euribor-Kredite der Entwicklungsmaßnahme Rothensee sind mittelfristig Umschuldungen mit festen Zinsvereinbarungen vorgesehen.

5. Kreditportfolio 2013 der Landeshauptstadt Magdeburg

Das Kreditportfolio der Landeshauptstadt Magdeburg umfasst die Kredite der Landeshauptstadt Magdeburg. Hier enthalten sind die langfristigen Investitionskredite (inklusive der PPP-Maßnahmen) sowie die kurzfristigen Kredite zur Liquiditätssicherung. In den folgenden Abschnitten wird über die Kredite des Kernhaushaltes berichtet.

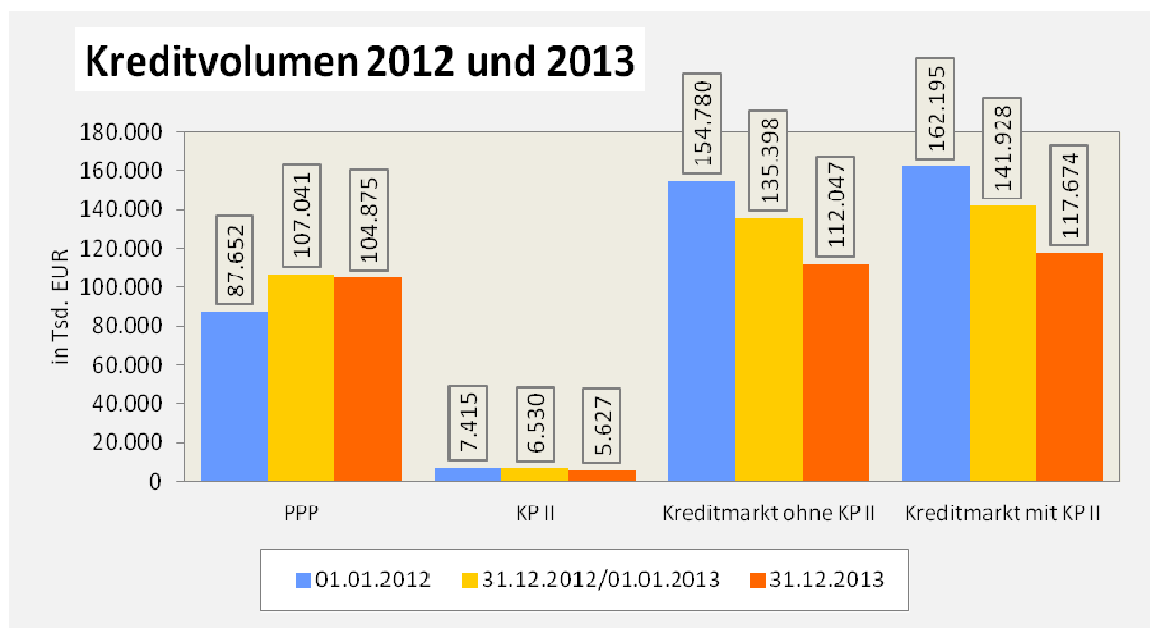
Die Kredite der Eigenbetriebe, d.h. des EB Kommunales Gebäudemanagement, des EB Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg, des EB Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb, des EB Puppentheater, des EB Theater Magdeburg und des EB Konservatorium „G. P. Telemann“, werden im Abschnitt 8 betrachtet.

Einbezogen in diesen Schuldenbericht werden (neben den Krediten des Kernhaushaltes und der Eigenbetriebe) ab dem Abschnitt 9 zusätzlich die geleisteten Bürgschaften und die Schulden der Entwicklungsmaßnahme Rothensee.

5.1 Kreditvolumen

Am 01.01.2012 und unverändert am 31.12.2013 enthielt das Kreditportfolio (Landeshauptstadt Magdeburg ohne Eigenbetriebe und ohne Entwicklungsmaßnahme Rothensee) 81 Kredite.

Kreditaufnahmen erfolgten nur als Umschuldungen oder als Aufnahmen aus dem Programm STARK II.



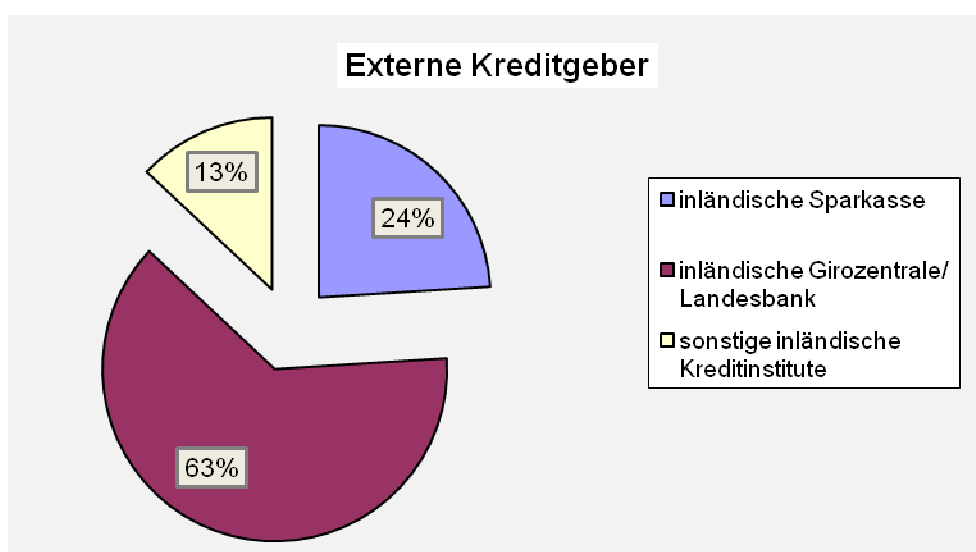
Das Kreditvolumen (Kredit-Ist) für Investitionen betrug am 31.12.2013 insgesamt 117.674 Tsd. EUR (01.01.2012: 162.195 Tsd. EUR).

Bei Hinzuziehung der PPP-Verbindlichkeiten zum Kernhaushalt betrug das Volumen der langfristigen Verbindlichkeiten am 31.12.2013 insgesamt 222.549 Tsd. EUR (01.01.2012: 249.847 Tsd. EUR).

5.2 Art der Schulden

Die (ausschließlich externen) Kreditgeber der Landeshauptstadt Magdeburg lassen sich den Kreditgebergruppen Sparkassen, inländischen Girozentralen/Landesbanken und sonstigen inländischen Kreditinstituten zuordnen.

Art der Schulden (in Tsd. EUR)	01.01.2013	31.12.2013
inländische Sparkasse	40.360	28.520
inländische Girozentrale/Landesbank	67.710	73.875
sonstige inländische Kreditinstitute	33.858	15.279
Summe	141.928	117.674

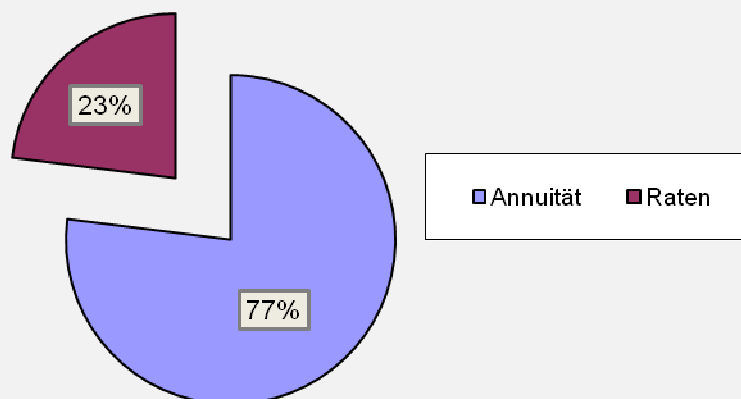


5.3 Tilgungsarten und –struktur

Für die Tilgung der Kredite wurden die Tilgungsarten annuitätische Tilgung (festgeschriebener Betrag aus der Summe von Zins und Tilgung) und Ratentilgung (festgeschriebene Tilgung) vereinbart.

Tilgungsarten (in Tsd. EUR)	01.01.2013	31.12.2013
Annuitäten	111.254	90.017
Raten	30.674	27.657
Summe	141.928	117.674

Tilgungsstruktur (Kreditvolumen) zum 31.12.2013



5.4 Tilgungsleistung

Zu- und Abgänge 2012-2013	
Schuldenstand 01.01.2012	162.195 Tsd. EUR
- Umschuldungen im Jahr 2012 (STARK II)	15.159 Tsd. EUR
- Umschuldungen (von STARK II betragen neu nach Abzug d. 30 %igen Entlastungen i.H. von	10.612 Tsd. EUR
	4.548 Tsd. EUR
Tilgungen insgesamt im Jahr 2012 i. H. von	20.267 Tsd. EUR
(einschließlich 885 Tsd. EUR für KP II und abzüglich 4.548 Tsd. EUR für STARK II)	
Schuldenstand 31.12.2012/01.01.2013	141.928 Tsd. EUR
- Umschuldungen im Jahr 2013 (STARK II)	25.193 Tsd. EUR
- Umschuldungen (von STARK II betragen neu nach Abzug d. 30 %igen Entlastungen i.H. von	17.635 Tsd. EUR
	7.558 Tsd. EUR
Tilgungen insgesamt im Jahr 2013 i. H. von	24.254 Tsd. EUR
(einschließlich 902 Tsd. EUR für KP II und abzüglich 7.558 Tsd. EUR für STARK II)	
Schuldenstand 31.12.2013	117.674 Tsd. EUR

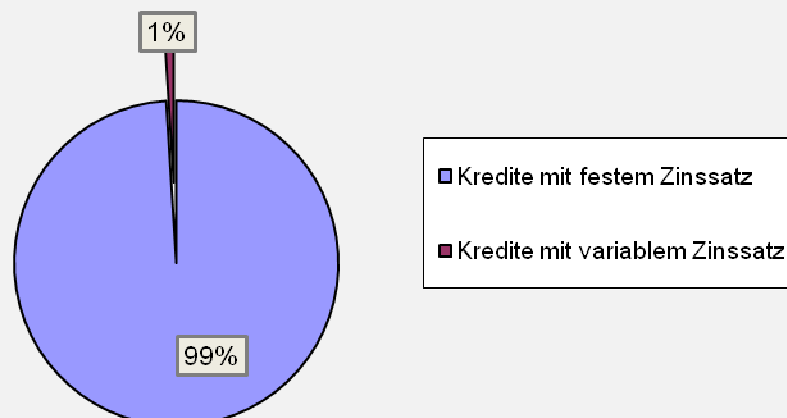
Die Förderprogramme KP II und STARK II werden im Glossar ab Seite 24 näher beschrieben.

5.5 Zinsarten und –struktur

Die abgeschlossenen Kreditverträge des Kernhaushaltes der Landeshauptstadt Magdeburg (ohne Eigenbetriebe) enthielten, unter Berücksichtigung von Zinssicherungsinstrumenten, Zinszahlungen auf der Basis von festen und variablen Zinssätzen.

Kredite (in Tsd. EUR)	01.01.2013	31.12.2013
mit festem Zinssatz	140.305	116.754
mit variablem Zinssatz	1.623	920
Summe	141.928	117.674

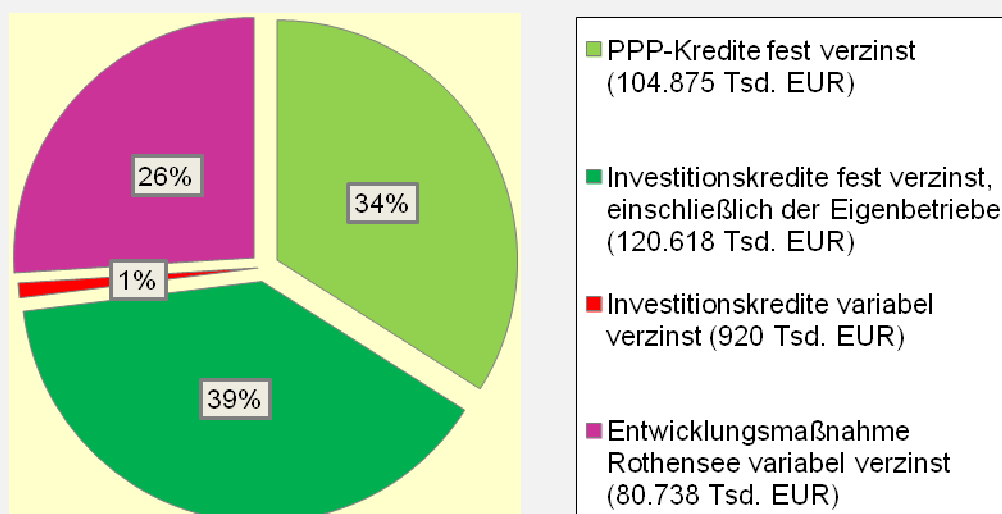
Zinsstruktur am 31.12.2013 (Kernhaushalt)



Von den 81 Krediten der Landeshauptstadt Magdeburg am 31.12.2013 sind 80 Kredite mit einem festen Zinssatz und 1 Kredit mit einem variablen Zinssatz vereinbart. Der Abschluss der vom Land Sachsen-Anhalt zinsgestützten Kredite (1,9 % p.a. und 1,7 % p.a.) der Programme KP II und STARK II ab 2009 bewirkte im Kreditportfolio eine Erhöhung des Anteiles der Festzins-Kredite zulasten der variablen Verzinsung, wobei eine Entschuldung in Höhe von ca. 30 % höher zu bewerten ist als ein niedriger variabler Zinssatz, welcher zudem ein Zinsänderungsrisiko beinhaltet. Langfristig fest verzinst sind die PPP-Kredite. Die Kredite der Entwicklungsmaßnahme Rothensee waren im Jahr 2013 ausschließlich auf 3 Monats-Euribor-Basis verzinst.

Im folgenden Diagramm ist die Zinsstruktur aller Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 307.151 Tsd. EUR dargestellt.

Zinsstruktur am 31.12.2013 (aller Verbindlichkeiten, einschl. der PPP-Kredite, der Entw.-Maßnahme Rothensee)



(Ausgenommen sind hierbei die EONIA-verzinsten Liquiditätskredite.)

5.6 Zinsausgaben

Für die Kredite wurden im Jahr 2013, unter Berücksichtigung von Zinssicherungsinstrumenten, Zinsausgaben in Höhe von insgesamt 4.944 Tsd. EUR (2012: 6.513 Tsd. EUR) geleistet (inkl. KP II). Für PPP betrugen die Zinsausgaben im Jahr 2013 4.860 Tsd. EUR (2012: 4.889 Tsd. EUR). Siehe hierzu auch die graphischen Auswertungen zu Zins- und Tilgungszahlungen im Abschnitt 7.

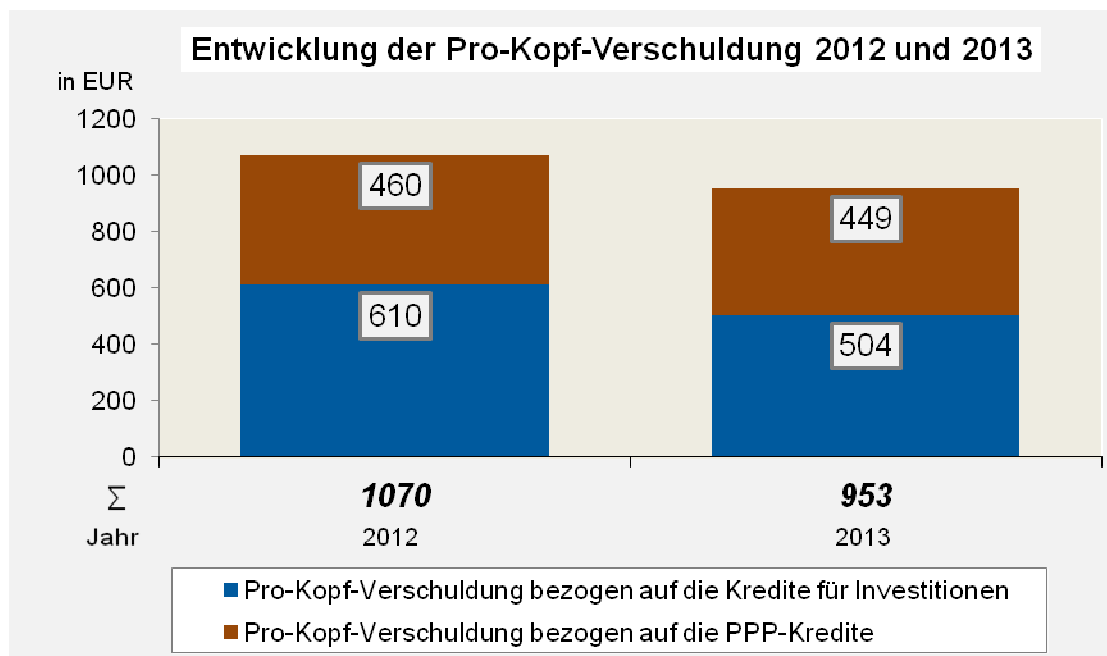
Die Zinsausgaben für die Kredite der Entwicklungsmaßnahme Rothensee betrugen im Jahr 2013 insgesamt (einschließlich der Kontokorrentzinsen) für die Zone I 170 Tsd. EUR und für die Zone IV 220 Tsd. EUR (2012: 926 Tsd. EUR und 536 Tsd. EUR).

Insgesamt betrugen die Zinsausgaben der Landeshauptstadt Magdeburg im Jahr 2013 10.194 Tsd. EUR (2012: 12.864 Tsd. EUR).

5.7 Durchschnittszins, Kreditportfolio und Pro-Kopf-Verschuldung

Der Durchschnittszins des Kreditportfolios der Landeshauptstadt Magdeburg zum 31.12.2013 (Stichtagsbetrachtung) lag bei 3,26 % (einschließlich der PPP-Kredite 3,88 %). Zum 31.12.2012 betrug der Durchschnittzinssatz noch 3,72 % (einschließlich der PPP-Kredite 4,11 %).

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Landeshauptstadt Magdeburg ist im folgenden Diagramm dargestellt. Sie berechnet sich aus der Einwohnerzahl (232.660 EW am 31.12.2012 und 233.669 EW am 31.12.2013) und dem jeweiligen Kreditvolumen für Investitionen (141.928 Tsd. EUR am 31.12.2012, 117.674 Tsd. EUR am 31.12.2013) und für die PPP-Vorhaben (107.041 Tsd. EUR am 31.12.2012, 104.875 Tsd. EUR am 31.12.2013).



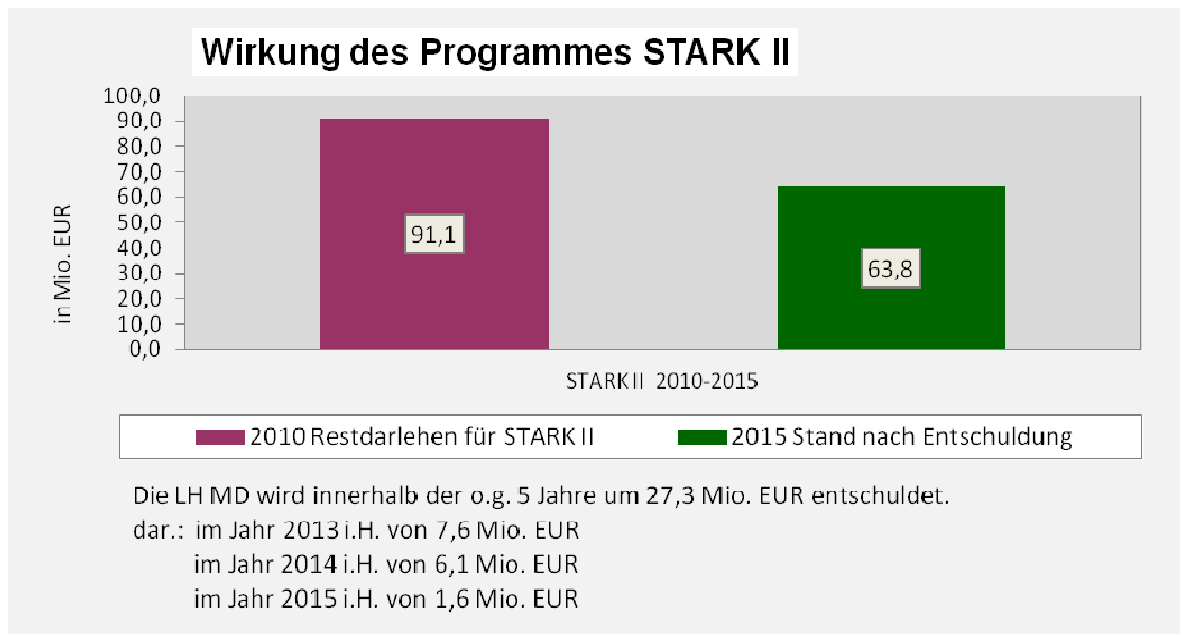
5.8 Zinssicherungsgeschäfte

Zur Zinssicherung von 2 Krediten wurden 1999 bzw. 2000 2 Doppelswaps mit einem Ursprungsbetrag in Höhe von jeweils 12.662 Tsd. EUR und einer Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossen. Weitere Zinssicherungsgeschäfte bestehen nicht.

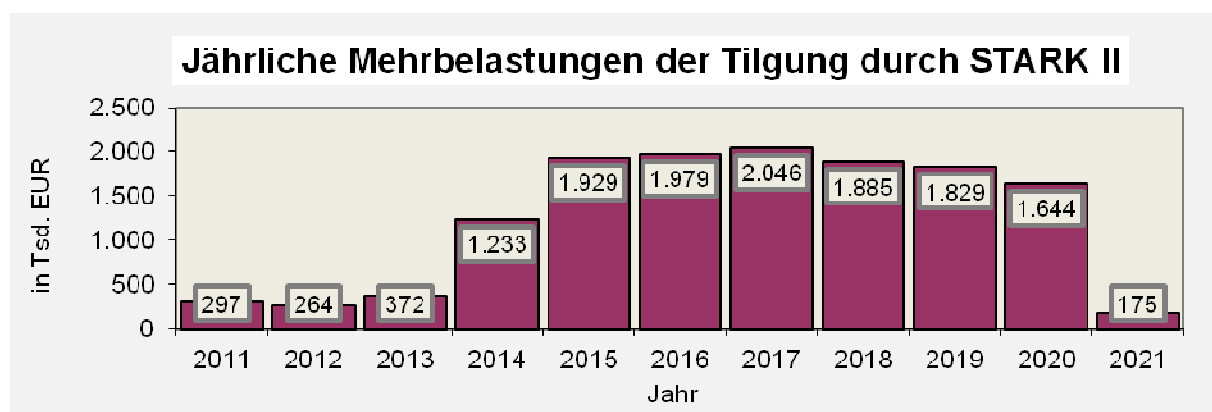
6. Kreditaufnahmen 2012 und 2013 der Landeshauptstadt Magdeburg

6.1 Kreditaufnahmen und Umschuldungen/Prolongationen

Bei den Kreditaufnahmen in den Jahren 2012 und 2013 handelte es sich ausschließlich um Umschuldungen (2 Verträge in 2012, davon 1 Vertrag für einen Eigenbetrieb) und Verträge aus dem Programm STARK II (3 Verträge in 2012 und 6 Verträge in 2013 in Höhe von 10.612 Tsd. EUR und 17.635 Tsd. EUR).



Durch die Verkürzung der Restlaufzeit der Darlehen auf 10 Jahre erhöht sich die jährliche Tilgungslast, welche vom städtischen Haushalt zusätzlich erwirtschaftet werden muss. Diesem Nachteil steht jedoch der höher zu bewertende Vorteil der Entschuldung in Höhe von 30 % gegenüber.



6.2 Kreditgeber

Die 9 Kreditaufnahmen aus dem Programm STARK II erfolgten bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt. Die 2 Umschuldungen wurden bei einer inländischen Sparkasse abgeschlossen.

6.3 Tilgungsarten

Die 11 Aufnahmen erfolgten als Annuitätenkredite.

6.4 Zinsarten

Abgeschlossen wurden 2012 und 2013 ausschließlich Festzins-Kredite.

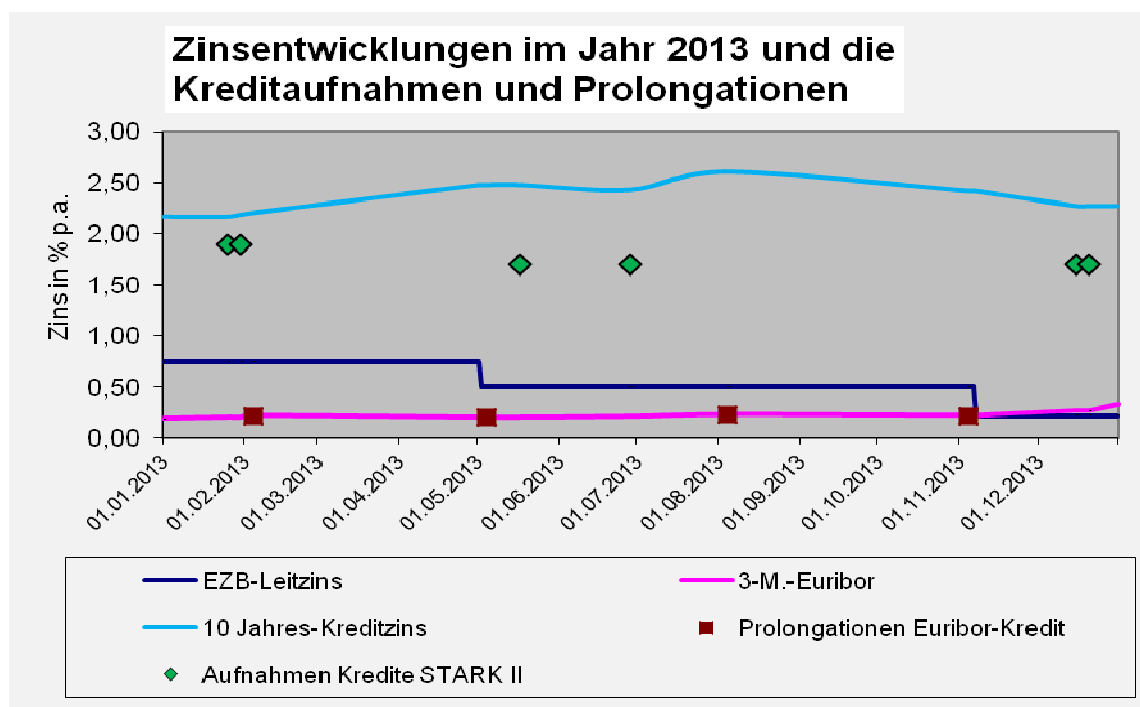
6.5 Zinsbindungsdauer

Aus der nachfolgenden Tabelle ist die Zinsbindungsdauer der abgeschlossenen Kreditverträge (ausschließlich Umschuldungen und STARK II) der Jahre 2012 und 2013 ersichtlich:

Zinsbindungsdauer	Anzahl der abgeschlossenen Kreditverträge	
	2012	2013
bis 1 Jahr	-	-
8 bis 10 Jahre	5	6
Summe	5	6

6.6 Zinsentwicklungen und Aufnahmezeitpunkte

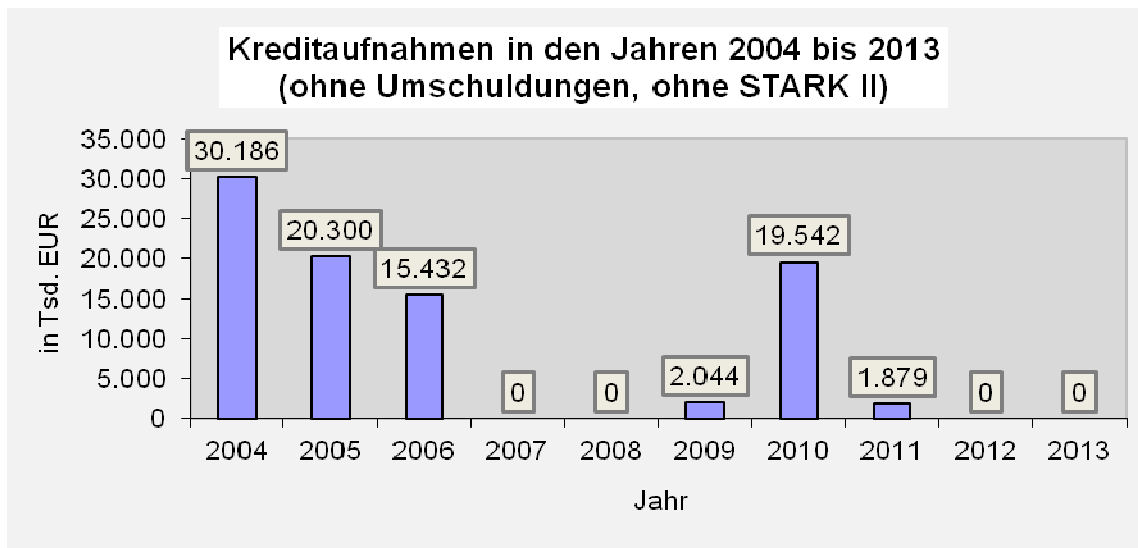
In der folgenden Grafik sind die Aufnahmezeitpunkte der Kredite (Kreditneuaufnahmen und Umschuldungen) im Zusammenhang mit der Zinsentwicklung im Jahre 2013 dargestellt.



Die vorgegebenen 3 Monats-Euribor-Sätze und die Zinssätze der Kreditaufnahmen aus dem Programm STARK II gestatteten keine Einflussnahmen auf die Zeitpunkte der Abschlüsse und auf die Zinshöhen.

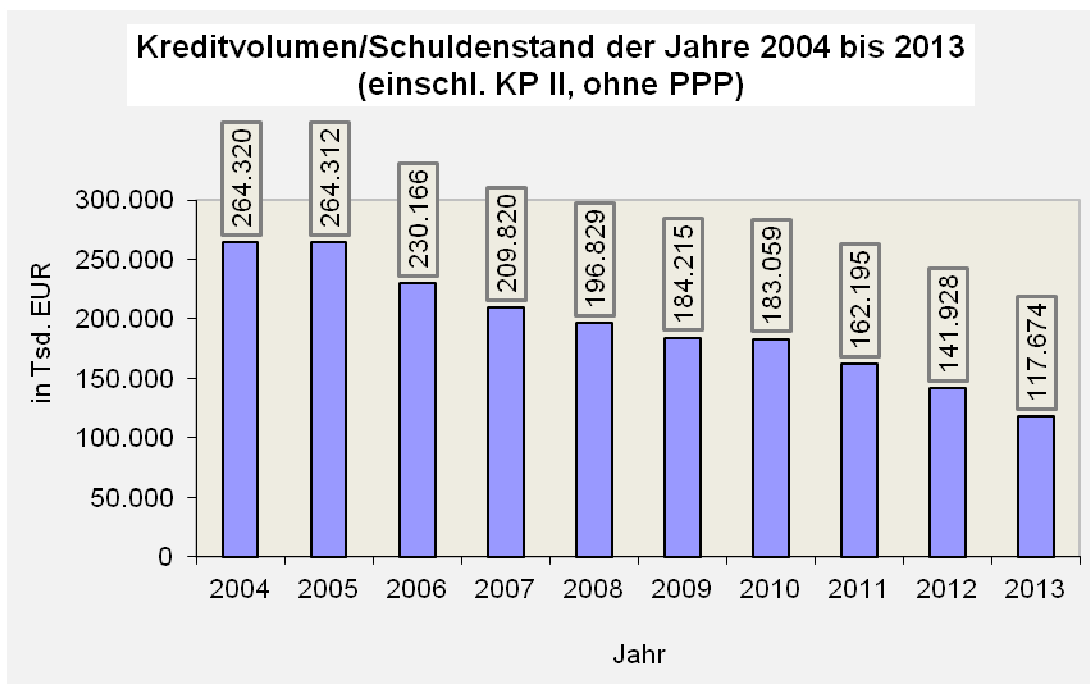
7. Haushalt 2004-2013 und STARK II

Die Kreditaufnahme des städtischen Haushaltes hat sich in den Jahren 2004 bis 2013 wie folgt entwickelt:

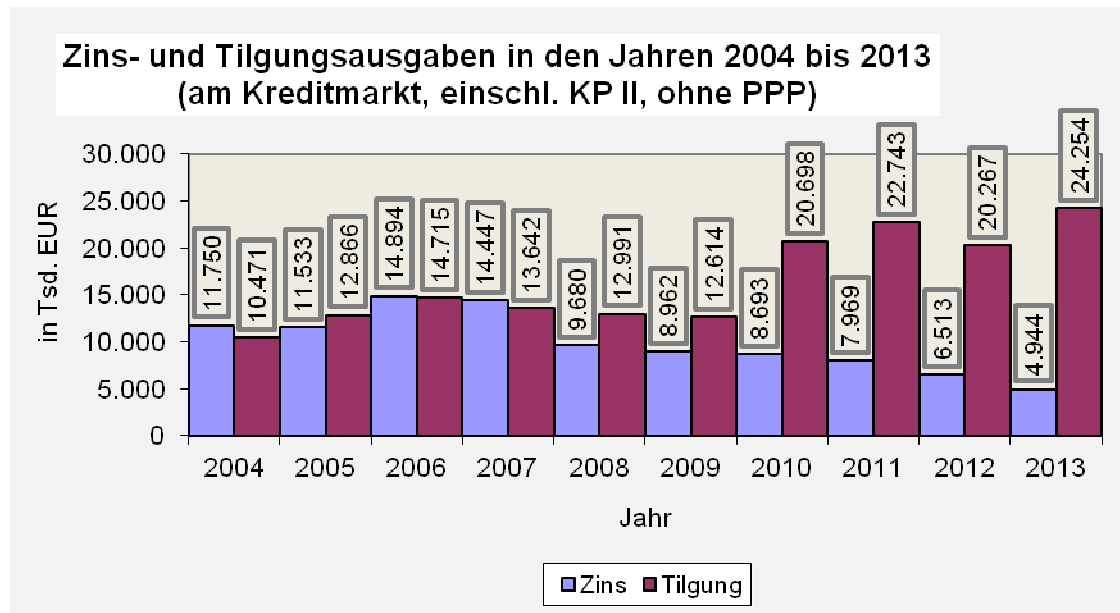


Bei Einhaltung einer konsequenten Haushaltskonsolidierung waren die oben genannten Kreditaufnahmen der Jahre 2009, 2010 und 2011 für Abschlüsse von Krediten aus dem Förderprogramm KP II notwendig. Im Jahr 2010 ist in den o.g. 19.542 Tsd. EUR zudem der Kredit für die Finanzierung des Kaufes eines Verwaltungsgebäudes enthalten.

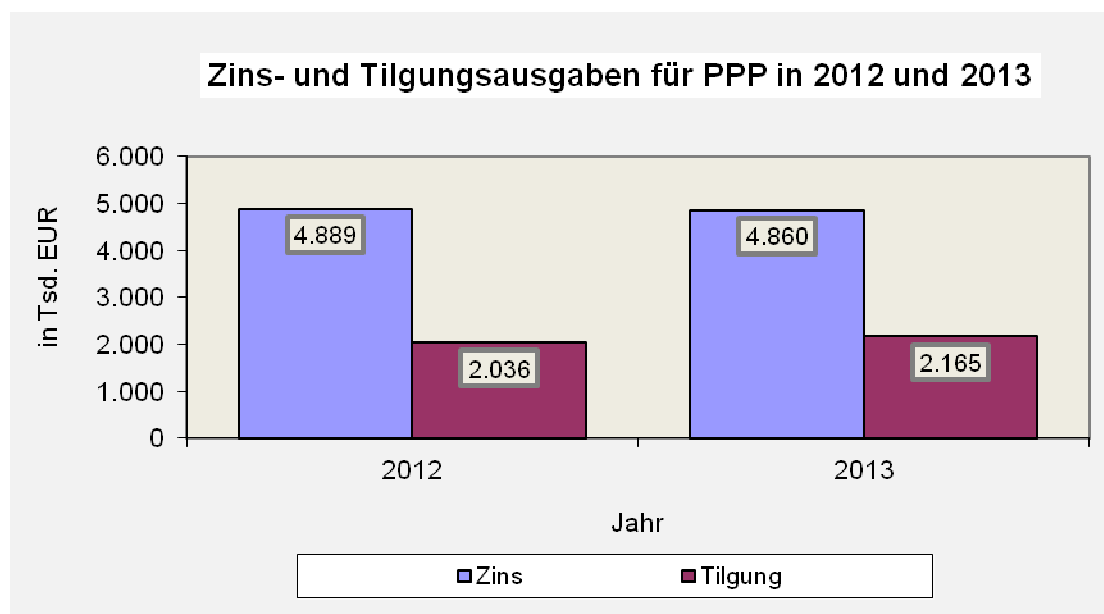
Die Entwicklung des Kreditvolumens des städtischen Haushaltes (jeweils zum 31.12.) stellt sich im folgenden Diagramm dar:



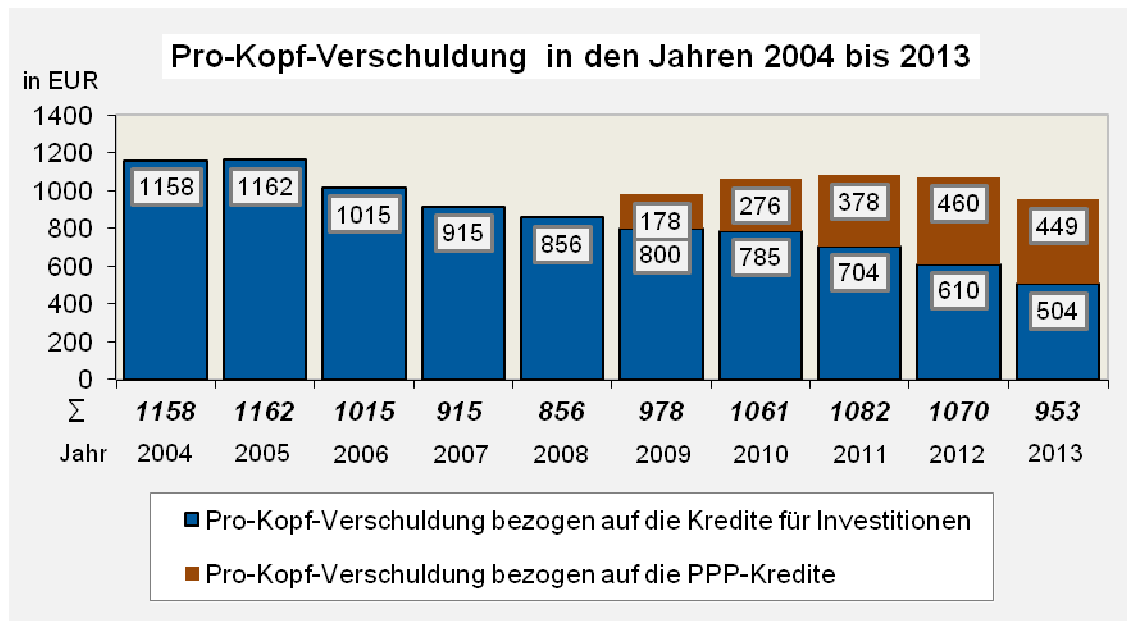
Die Zins- und Tilgungsausgaben (einschließlich der Zahlungen aus den Zins-sicherungsinstrumenten) entwickelten sich in den Jahren 2004 bis 2013 folgendermaßen:



In den Tilgungsausgaben der Jahre 2012 und 2013 sind die Rückzahlungen und die Entlastungen im Rahmen des Programmes STARK II enthalten.



Die Pro-Kopf-Verschuldung des städtischen Haushaltes entwickelte sich in den Jahren 2004 bis 2013 wie auf Seite 20 oben dargestellt:



8. Eigenbetriebe

Die Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Magdeburg sind Sondervermögen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Die Schulden der Eigenbetriebe sind damit Schulden der Landeshauptstadt Magdeburg.

Die mit Krediten belasteten Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Magdeburg sind

- der EB Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg,
- der EB Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb,
- der EB Puppentheater Magdeburg,
- der EB Theater Magdeburg,
- der EB Konservatorium „G. P. Telemann“ und
- der EB Kommunales Gebäudemanagement.

Zum Schuldenstand werden im Überblick die folgenden Informationen gegeben.

Eigenbetrieb Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg

Schuldenstand am 31.12.2013: 3.104 Tsd. EUR

Eigenbetrieb Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb

Schuldenstand am 31.12.2013: 508 Tsd. EUR

Eigenbetrieb Puppentheater Magdeburg

Schuldenstand am 31.12.2013: 26 Tsd. EUR

Eigenbetrieb Theater Magdeburg

Schuldenstand am 31.12.2013: 214 Tsd. EUR

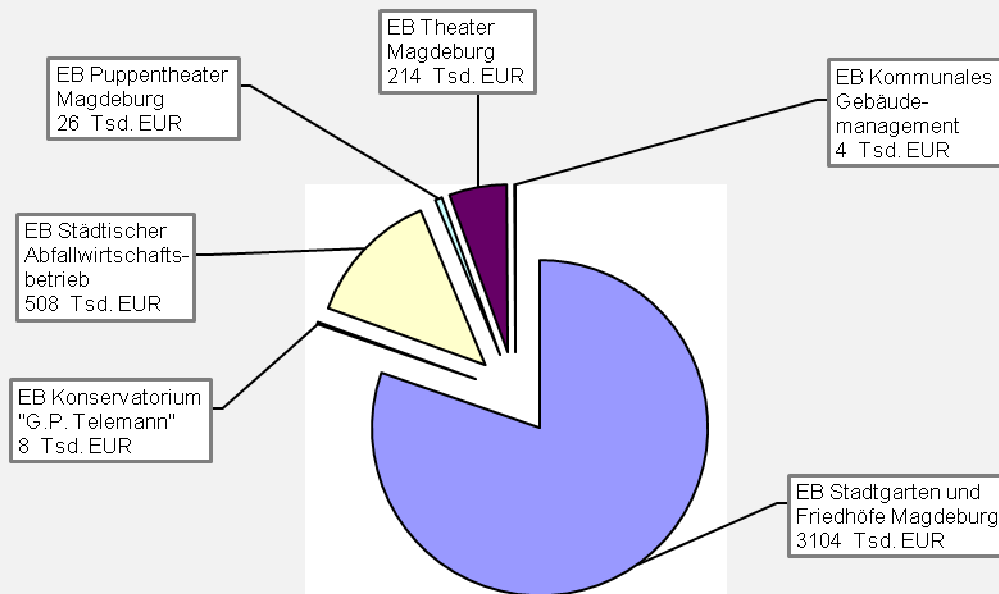
Eigenbetrieb Konservatorium „G. P. Telemann“

Schuldenstand am 31.12.2013: 8 Tsd. EUR

Eigenbetrieb Kommunales Gebäudemanagement

Schuldenstand am 31.12.2013: 4 Tsd. EUR

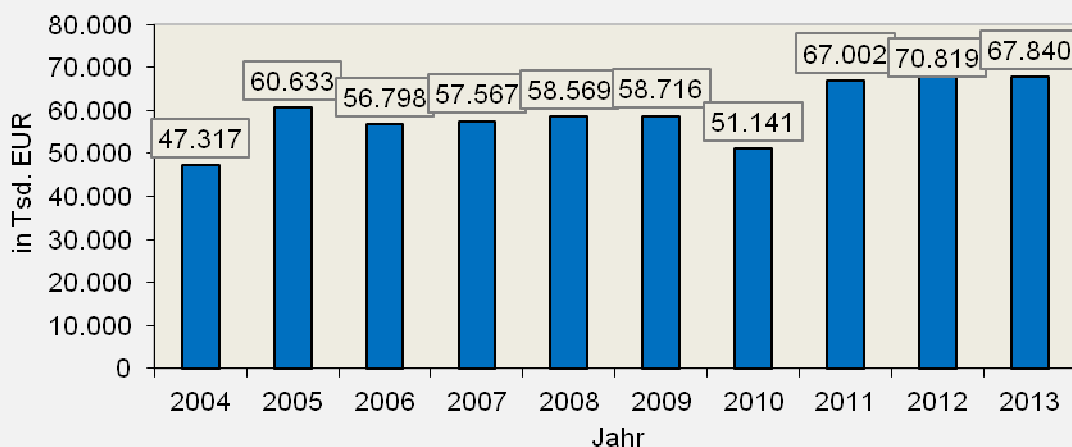
Schuldenstand der städtischen Eigenbetriebe am 31.12.2013 in Höhe von 3.864 Tsd. EUR



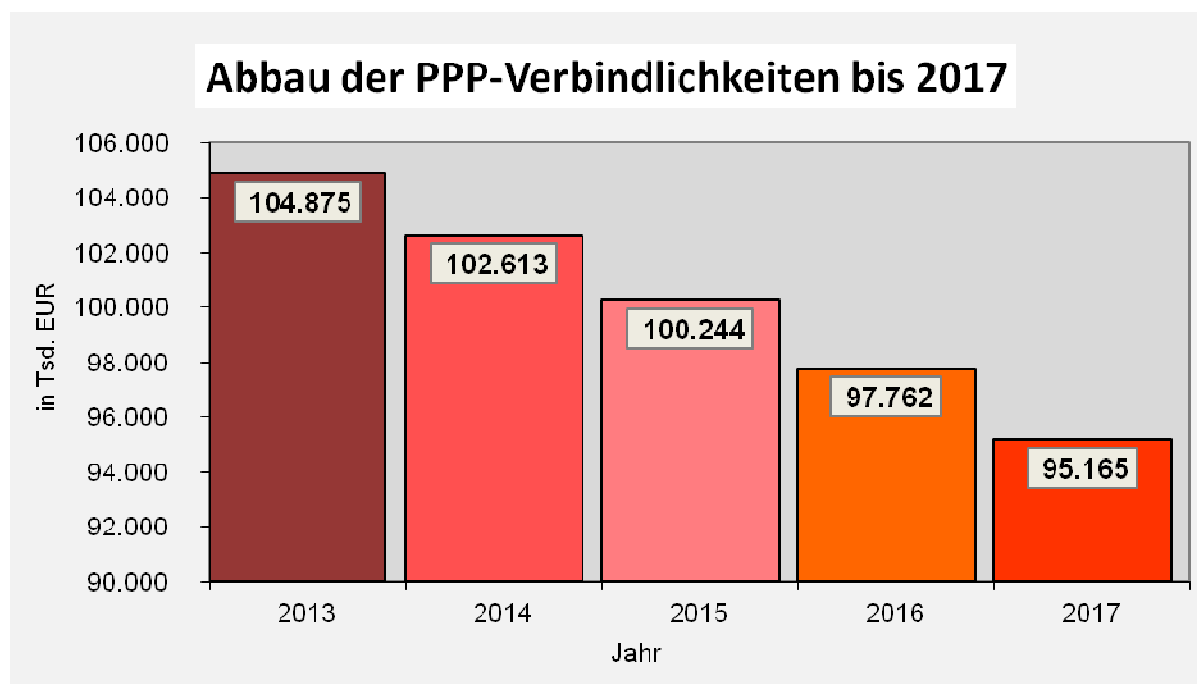
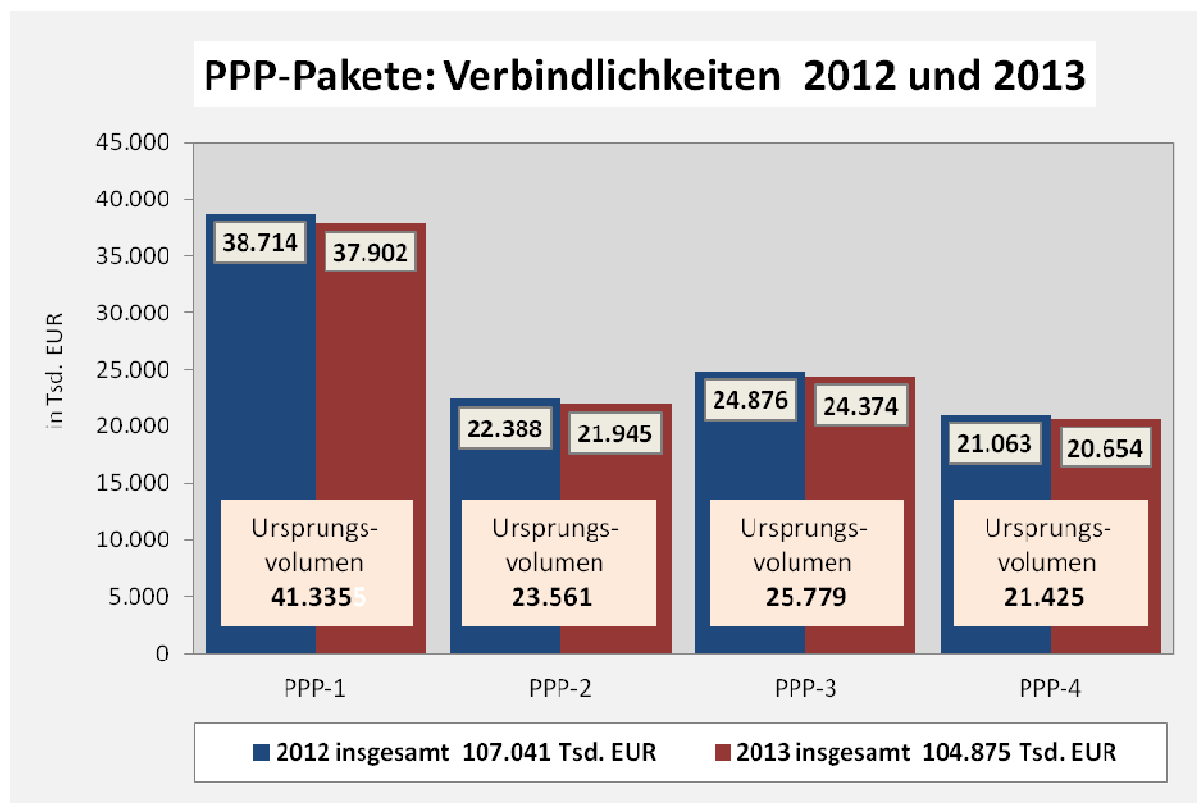
9. Bürgschaften

Die Landeshauptstadt Magdeburg hatte am 31.12.2013 insgesamt 44 Bürgschaften mit einer Restschuld in Höhe von 67.840 Tsd. EUR (01.01.2013: 43 Bürgschaften mit einer Restschuld in Höhe von 70.819 Tsd. EUR) zugunsten von städtischen Beteiligungsgesellschaften übernommen. Eine Inanspruchnahme aus Bürgschaften erfolgte, wie auch in den vorangegangenen Jahren, nicht.

Bürgschaftsvolumen in den Jahren 2004 bis 2013

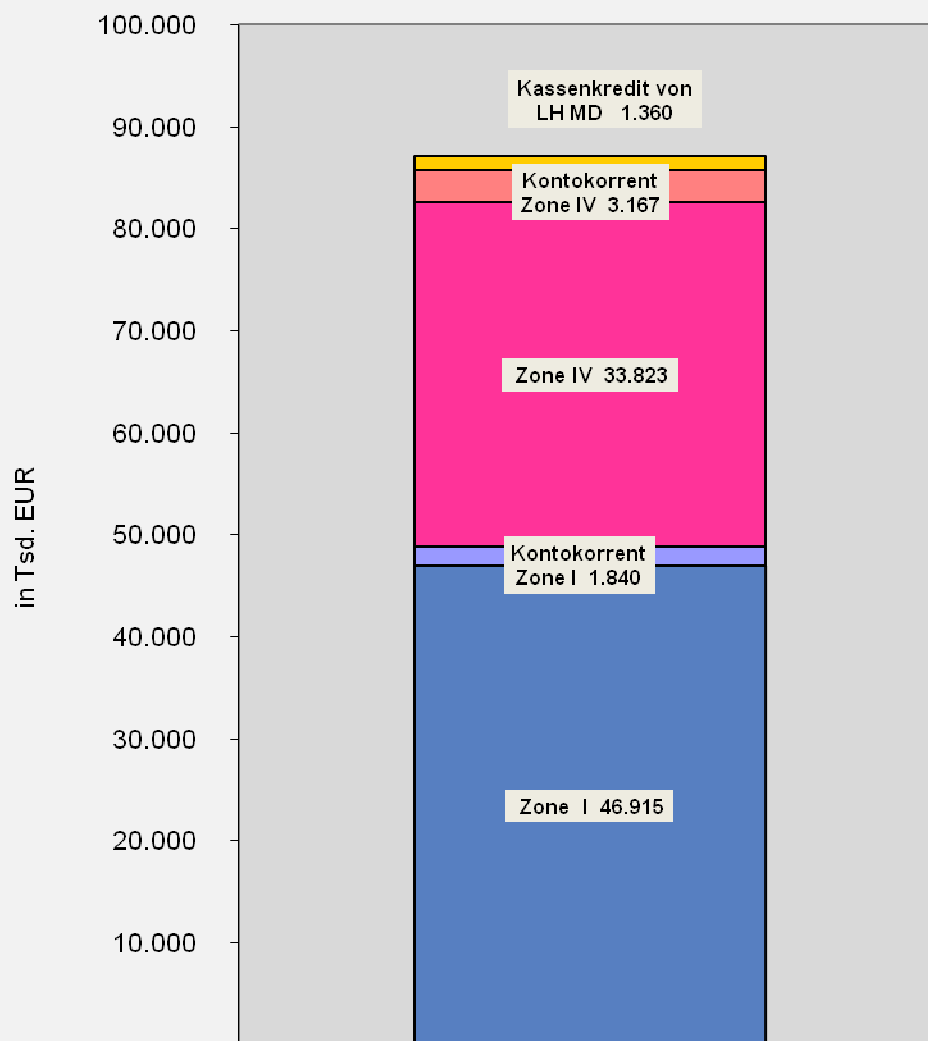


10. Public Private Partnership bei der Schulsanierung



11. Schulden der Entwicklungsmaßnahme Rothensee

Der Schuldenstand für die Entwicklungsmaßnahme Rothensee beträgt am 31.12.2013 80.738 Tsd. EUR zzgl. eines Kassenkredites i.H. von 1.360 Tsd. EUR für die Zone IV (mit Kontokorrent 85.745 Tsd. EUR).



Der Schuldenstand bezüglich investiver Kredite bewegt sich im Rahmen des durch die Kommunalaufsicht (LVwA) genehmigten Kreditvolumens (89.600 Tsd. EUR).

Der Kassenkredit soll im Jahr 2014 vollständig getilgt werden. Der Haushalt der Landeshauptstadt Magdeburg übernimmt seit 01.01.2009 die Zinsen und die Tilgung der Kredite in der Zone I (Tilgung 2 % jährlich). Auch in der Zone IV werden die Kredite seit diesem Zeitpunkt mit 1 % jährlich getilgt. Durch Grundstücksverkäufe und durch Einnahmen von Fördermitteln sollen langfristig die Schulden der Entwicklungszone Rothensee schrittweise abgebaut werden.

12. Glossar

Basel III

Der Begriff Basel III bezeichnet ein Reformpaket des Basler Ausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) für die bereits bestehende Bankenregulierung Basel II. Es stellt die ab 2013 gültige Reaktion auf die von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 offengelegten Schwächen der bisherigen Bankenregulierung dar. Die Finanzkrise zeigte, dass das globale Bankensystem ungenügend qualitativ hochwertiges Eigenkapital besaß.

Bürgschaften

Die Bürgschaft ist ein einseitig verpflichtender Vertrag, durch den sich der Bürge gegenüber dem Gläubiger eines Dritten (des so genannten Hauptschuldners) verpflichtet, für die Erfüllung der Verbindlichkeiten des Dritten einzustehen.

Deflation

Unter **Deflation** versteht man in der Volkswirtschaftslehre einen allgemeinen, signifikanten und anhaltenden Rückgang des Preisniveaus für Waren und Dienstleistungen. Deflation entsteht, wenn die Geldmenge zu gering ist, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage geringer ist als das gesamtwirtschaftliche Angebot. Deflation tritt üblicherweise zusammen mit einer Depression auf.

Derivate

Zinsderivate sind Finanz-(termin)geschäfte i.S.d. § 19 Abs. 1 Satz 1 des Kreditwesengesetzes, deren Preis unmittelbar vom Zinssatz abhängt, z.B. Cap (Zinsbegrenzung gegen steigende Zinsen) und Floor (Zinsbegrenzung gegen sinkende Zinsen).

Entwicklungsmaßnahme Rothensee

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Rothensee der Landeshauptstadt Magdeburg mit der KGE Kommunalgrund Grundstücksbeschaffungs- und Erschließungs GmbH als treuhänderischer Entwicklungsträger. Die Entwicklungsmaßnahme umfasst das Industrie- und Logistik-Centrum Rothensee (Entwicklungszone I) und den Stadtteil Alte Neustadt mit dem Handelshafen (Entwicklungszone IV).

Eigenbetrieb

Sondervermögen der Landeshauptstadt Magdeburg ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Nach außen werden die rechtlichen Handlungen des jeweiligen Eigenbetriebes der Stadt zugerechnet. Das entsprechende Pendant bei Bundesländern ist der Landesbetrieb.

EONIA

EONIA ist die Abkürzung für Euro Overnight Index Average. Darunter versteht man den Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der seit April 1999 von der EZB auf Basis effektiver Umsätze berechnet wird.

EURIBOR

EURIBOR (Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, zu dem europäische Banken untereinander Einlagen mit festgelegter Laufzeit innerhalb Europas anbieten. Er gilt seit 1999 und wird täglich berechnet. Es gibt Euribor-Sätze von 1 Woche bis zu 12 Monaten.

EZB

Die Europäische Zentralbank (EZB; engl. European Central Bank, ECB; frz. Banque Centrale Européenne, BCE) ist die gemeinsame Währungsbehörde der Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion und bildet mit den nationalen Zentralbanken der EU-Staaten das Europäische System der Zentralbanken. Sie wurde 1998 im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gegründet und hat ihren Sitz im Eurotower in Frankfurt am Main. Die Arbeit und die Aufgaben der EZB wurden in dem im Jahre 1992 in Maastricht geschlossenen Vertrag über die Europäische Union sowie in verschiedenen Protokollen geregelt. Die EZB ist eine Institution, welche für die Überwachung des Bankensystems und für die Regulierung der Geldmenge im Euro-Raum zuständig ist. Zentralbank der Bundesrepublik Deutschland ist die **Deutsche Bundesbank**.

Fed

Das **Federal Reserve System**, oft auch **Federal Reserve** oder **Fed** genannt, ist das Zentralbank-System der USA, das allgemein auch **US-Notenbank** genannt wird. Es besteht aus dem **Board of Governors**, zwölf regionalen **Federal Reserve Banks** und einer Vielzahl von Mitgliedsbanken und anderen Institutionen. Da die Mitgliedsbanken gleichzeitig die Eigentümer der Federal Reserve sind, das Direktorium aber vom US-Präsidenten ernannt wird, ist das Federal Reserve System teils privat und teils staatlich strukturiert.

Geldmarktkredite

Kredite mit einer Zinsfestschreibung bis zu einem Jahr.

Inflation

Die Inflation (lat. „Sich-Aufblasen“, „Aufschwellen“) bezeichnet in der Volkswirtschaftslehre eine allgemeine Erhöhung der Güterpreise, gleichbedeutend mit einer Minderung der Kaufkraft des Geldes.

IWF

Der **Internationale Währungsfonds** (IWF; engl. International Monetary Fund, IMF; auch bekannt als **Weltwährungsfonds**) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Er ist eine Schwesterorganisation der Weltbank-Gruppe und hat seinen Sitz in Washington, D.C., USA. Zu seinen Aufgaben gehören: Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik, Ausweitung des Welthandels, Stabilisierung von Wechselkursen, Kreditvergabe und Überwachung der Geldpolitik.

Kapitalmarktkredite

Kredite mit einer Zinsfestschreibung von einem Jahr und darüber.

Kassenkredite

Kassenkredite dienen zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen und nicht zur Finanzierung des Haushaltes bzw. der Wirtschaftspläne. Kassenkredite sind damit zwar Verbindlichkeiten der Landeshauptstadt Magdeburg, aber keine Kredite im haushaltsrechtlichen Sinne.

KfW

Die KfW Bankengruppe oder KfW (früher Kreditanstalt für Wiederaufbau) ist eine Anstalt des öffentlichen Rechtes. Die Aufgabe der KfW besteht in der Realisierung von öffentlichen Aufträgen, wie der Förderung von Mittelstand und

Existenzgründern, der Gewährung von Investitionskrediten an kleine und mittlere Unternehmen sowie der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben und Wohnungsbau, der Finanzierung von Energiespartechiken und der kommunalen Infrastruktur. Weitere Betätigungsfelder sind Bildungskredite, Export- und Projektfinanzierung sowie der Bereich Entwicklungszusammenarbeit.

Konjunkturprogramm II (KP II)

Das Konjunkturprogramm II bzw. Konjunkturpaket II (Der vollständiger Name ist : „*Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes*“) wurde im Jahr 2009 von der Bundesregierung beschlossen, um Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die Realwirtschaft zu mildern und die schwere Rezession im Winterhalbjahr 2008/2009 zu überwinden. Es schloss sich an das frühere Konjunkturpaket vom November 2008 (später als „*Konjunkturpaket I*“ bezeichnet) an, hatte aber einen größeren Umfang. Das Land Sachsen-Anhalt erhielt vom Bund 356 Mio. EUR und förderte mit einem Eigenanteil in Höhe von 119 Mio. EUR Investitionen der Kommunen in Höhe von 475 Mio. EUR.

Kredit

Das unter der Verpflichtung zur Rückzahlung von Dritten oder von Sondervermögen mit Sonderrechnung aufgenommene Kapital mit Ausnahme der Kassenkredite.

kreditähnliche Rechtsgeschäfte

Übernahme von Zahlungsverpflichtungen (z.B. bei Bürgschaften und Leasing)

Kreditermächtigung

Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Gesamtbetrag der Bruttokreditaufnahme).

Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt (LVwA)

Das Landesverwaltungsamt ist als mittlere Verwaltungsbehörde das Bindeglied zwischen der Landesregierung und der kommunalen Ebene. Dabei ist es für eine Vielzahl von Einzelaufgaben zuständig, entweder in erster Instanz oder als Fachaufsicht und Widerspruchsbehörde. Auf Beschluss des Landtages von Sachsen-Anhalt wurde das LVwA am 01.01.2004 gebildet und hat seinen Hauptsitz in Halle (Saale). Nebenstellen sind Dessau-Roßlau und Magdeburg.

Leasing

Der Begriff kommt aus dem Englischen („to lease“) und bedeutet mieten bzw. pachten. Im zivilrechtlichen Sinn handelt es sich dabei um einen Nutzungsüberlassungsvertrag oder einen atypischen Mietvertrag. Leasing hat in der öffentlichen Kommunikation jedoch überwiegend eine umfassendere Bedeutung als Finanzierungsalternative, bei der das Leasingobjekt vom Leasinggeber beschafft und finanziert wird und dem Leasingnehmer gegen Zahlung eines vereinbarten Leasingentgeltes zur Nutzung überlassen wird.

- Beim „US-Leasing“ bzw. „US-Cross-Border-Leasing“ (grenzüberschreitend USA – Deutschland) handelt es sich um spezielle Leasingvarianten, bei denen die Nutzung von US-Steuervorteilen zur Erzielung eines in Deutschland ausschüttungsfähigen Barwertes beabsichtigt war.

Leitzins

Unter Leitzins versteht man den von der zuständigen Zentralbank festgelegten Satz zur Steuerung des Geld- und Kapitalmarktes. Er legt denjenigen Zinssatz fest, zu dem sich Geschäftsbanken bei einer Zentral- oder Notenbank gegen Verpfändung notenbankfähiger Sicherheiten oder unter Eingehung eines Wertpapierpensionsgeschäftes Zentralbankgeld beschaffen können. Wichtigste Sätze sind beispielsweise der Mindestbietungssatz des **Hauptrefinanzierungsinstrumentes** der Europäischen Zentralbank, die **Repo Rate** der Bank of England und die nominale **Federal Funds Rate** der amerikanischen Fed. Diese geldpolitischen Instrumente werden u.a. deshalb als Leitzinsen bezeichnet, weil ihnen ein großer Einfluss auf den gesamten Refinanzierungsmarkt und damit auf die Liquidität im jeweiligen Währungsraum beigemessen wird. In Deutschland historisch relevante Leitzinssätze waren der Diskontsatz, zu dem die Geschäftsbanken Wechsel bei der Zentralbank rediskontieren konnten, sowie der Lombardsatz, zu dem Wertpapiere bei der Zentralbank verpfändet wurden. Mit dem Übergang der Zuständigkeit für die Geldpolitik auf die EZB gibt es keinen Diskontsatz mehr. Dieser wurde mit Wirkung vom 01.01.1999 durch den **Basiszinssatz** nach dem Diskontsatz-Überleitungsgesetz abgelöst. Seit Mitte der 1980er Jahre, spätestens jedoch mit der Übernahme der Zentralbankgeschäfte durch die EZB, setzten sich die Offenmarktgeschäfte im Euroraum durch und lösten den Lombardsatz als wichtigsten Leitzins ab. Offenmarktgeschäfte sind die wichtigsten Instrumente der EZB und bilden den Mittelpunkt der Geldpolitik. Sie dienen zur Steuerung der Zinsen, der Liquiditätslage und zum Aufzeigen des geldpolitischen Kurses. Durch die Offenmarktgeschäfte erhalten die Geschäftsbanken den Großteil ihres Geldes gegen Verpfändung von Sicherheiten. Wichtige Leitzinsen der EZB sind der **Einlagesatz**, der **Hauptrefinanzierungssatz**, der **Spitzenrefinanzierungssatz**.

Nettokreditaufnahme

Bruttokreditaufnahme abzüglich der Tilgung.

Pro-Kopf-Verschuldung

Die Verschuldung je Einwohner auf der Basis des Kreditvolumens zum 31.12. und des Einwohnerstandes zum 31.12. eines Jahres.

Prolongation

Eine Prolongation (von neulat.: prolongare, verlängern) beschreibt allgemein den Zustand einer Verlängerung. Insbesondere wird der Begriff im Zusammenhang mit der Verlängerung (ohne Wechsel des Darlehensgebers) eines aus der Zinsbindung kommenden Darlehens (als Anschlussfinanzierung) verwendet. Im Gegensatz zur Umschuldung werden die Zinsen lediglich neu angepasst.

PPP

Als Public Private Partnership (Abkürzung PPP), auch Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP), wird die Mobilisierung privaten Kapitals und Fachwissens zur Erfüllung staatlicher Aufgaben bezeichnet.

Schulden

Zahlungsverpflichtungen aus Kreditaufnahmen und ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Vorgängen sowie aus der Aufnahme von Kassenkrediten.

STARK II

Das Förderprogramm „Sachsen-Anhalt STARK II“ ist ein Beitrag des Landes Sachsen-Anhalt zum Schuldenabbau der Kommunen mit dem Ziel, langfristig finanzielle Freiräume durch nachhaltige Entlastung beim Schuldendienst zu schaffen und die Wiederherstellung einer dauerhaften Leistungsfähigkeit zu sichern. Die Investitionsbank S-A bietet im Auftrage des Landes das zinsverbilligte Teilentschuldungsprogramm STARK II an. In der Umsetzung löst sie im Rahmen des Förderprogrammes bei den jeweiligen Kreditinstituten die Darlehen bis zur vollen Höhe des Ablösebetrages ab und gewährt der Kommune entsprechende Annuitätendarlehen für die um 30 % minimierten Restdarlehen mit einer Laufzeit von 10 Jahren. Die Darlehensvergabe erfolgt zu einem verbilligten Zinssatz, der zu jeder Ablösung/Umschuldung entsprechend der Marktlage festgesetzt wird. Derzeitig (03/2014) liegt der verbilligte Zinssatz bei 1,7 %. Die Ablösungen erstrecken sich über einen Zeitraum von 2010 bis 2015.

Swap

Der Begriff kommt aus dem Englischen („to swap“) und bedeutet tauschen. Ein Zinsswap-Geschäft dient zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken und ist die Vereinbarung zwischen zwei Parteien zum Austausch von (Zins-) Zahlungsströmen über eine bestimmte Laufzeit zu festgelegten Daten in der Zukunft und zu vorgängig fixierten Bedingungen.

Tilgung

Die ordentliche Tilgung ist die Leistung des im Haushaltsjahr zurückzuzahlenden Betrages bis zu der in den Rückzahlungsbedingungen festgelegten Mindesthöhe. Die außerordentliche Tilgung ist die über die ordentliche Tilgung hinausgehende Rückzahlung einschließlich der Umschuldungen.

Umschuldung

Umschuldung ist die Ablösung von Krediten durch andere Kredite.

Wertschöpfung

Eine Wertschöpfung ist in einer Geldwirtschaft das Ziel der produktiven Tätigkeit. Diese transformiert vorhandene Güter in Güter mit höherem Geldwert.

Notizen

Notizen
